

Sitzungsniederschrift

Die Ortsbeiräte Beetz, Flatow, Groß-Ziethen, Hohenbruch, Kremmen, Sommerfeld und Staffelde der Stadt Kremmen führten die 2. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung am Mittwoch, dem 08.10.2025 in Stadtparkhalle Kremmen, Ruppiner Chaussee 2a, 16766 Kremmen, um 19.00 Uhr durch.

a) anwesend

Förster, Arthur	Mitglied
Berger, Klaus	Mitglied
Winkler, Peter	Mitglied
Fritz, Uwe	Mitglied
Koop, Eckhard	Mitglied
Hannemann, Fritz	Mitglied
Hiersemann, Volker	Mitglied
Gronert, Hartmut	Mitglied
Voigts, Malte-Sören	Mitglied
Braun, Astrid	Mitglied
Hornemann, Heino	Mitglied
Schlichting, Ricky	Mitglied
Grützmacher, Christoph	Mitglied
Steinke, Marcel	Mitglied
Sommer, Lisa	Mitglied
Schulz, Andreas	Mitglied
Heß, André	Mitglied
Koop, Burkhard	Mitglied
Nickel, Matthias	Mitglied
Saalmann, Jana	Mitglied

b) abwesend

Gebauer, Stefanie	Mitglied
Berger, Gil	Mitglied
Busse, Annekatrin	Mitglied
Rau, Stephan	Mitglied
Stöcklein, Diana	Mitglied
Schulz, Ivonne	Mitglied
Wehden, John	Mitglied

*c) von der Verwaltung anwesend**d) Gäste**e) Presse*

MAZ

Die Mitglieder waren durch ordnungsmäßige Einladung vom 26.09.2025 auf Mittwoch, den 08.10.2025 unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen. Zeit, Ort und Stunde der Sitzung sowie die Tagesordnung waren öffentlich bekanntgegeben.

Der Vorsitzende stellte bei der Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die ordnungsmäßige Einberufung keine Einwendungen erhoben wurden.

Bestätigte Tagesordnung

- I. Öffentlicher Teil
 1. Eröffnung der Sitzung
 2. Feststellung der Tagesordnung
 3. Einwohnerfragestunde
 4. Beratung: Entwurf Haushaltsplan 2026 der Stadt Kremmen in Verbindung mit dem Haushaltssicherungskonzept
Beschlussvorlage - 01-65-2025
 5. Sonstiges

Punkt der Tagesordnung	Verhandlungsniederschrift	Abstimmungsergebnis														
	Gemeinsame Sitzung aller Ortsbeiräte Beetz, Flatow, Groß-Ziethen, Hohenbruch, Kremmen, Sommerfeld, Staffelde am 08.10.2025	Ja	Nein	Enth												
	I. Öffentlicher Teil															
1.	<p>Eröffnung der Sitzung</p> <p>Frau Nebel eröffnet am Mittwoch, den 08.10.2025 um 19.06 Uhr die gemeinsame Ortsbeiratssitzung aller Ortsbeiräte. Sie begrüßt alle Mitglieder, die Ortsvorsteher, die Bürger sowie die Mitarbeiter der Verwaltung. Herr Busse begrüßt ebenfalls alle Anwesenden und leitet die Sitzung ein.</p>															
2.	<p>Feststellung der Tagesordnung</p> <p>Die Tagesordnung wird bestätigt. Es erfolgen keine Änderungen.</p>															
3.	<p>Einwohnerfragestunde</p> <p>Es erfolgen keine Fragen oder Anmerkungen somit schließt Herr Busse die Einwohnerfragestunde.</p>															
4.	<p>Beratung: Entwurf Haushaltsplan 2026 der Stadt Kremmen in Verbindung mit dem Haushaltssicherungskonzept Beschlussvorlage - 01-65-2025</p> <p>Frau Wörtzel begrüßt ebenfalls alle Mitglieder der Ortsbeiräte sowie Ortsvorsteher und die Bürger. Sie stellt nun anhand einer PowerPoint-Präsentation, die der Sitzungsniederschrift beigelegt wird, den Haushaltsplan 2026 vor.</p> <p><u>1/ Zeitrahmen - Aufstellung des Haushaltsplanes</u></p> <table><tr><td>Finanzausschuss 1. Lesung</td><td>18.09.2025</td></tr><tr><td>Kultur- und Sozialausschuss</td><td>07.10.2025</td></tr><tr><td>Ortsbeiräte</td><td>08.10.2025</td></tr><tr><td>Bau-/Wirtschafts- und Umweltausschuss</td><td>04.11.2025</td></tr><tr><td>Finanzausschuss</td><td>06.11.2025</td></tr><tr><td>Stadtverordnetenversammlung</td><td>20.11.2025</td></tr></table> <p><u>2/ Rahmenbedingungen - Aufstellung des Haushaltsplans 2025</u></p> <p>Frau Wörtzel führt aus, dass der Ergebnisplan ein negatives ordentliches Ergebnis für 2026 in Höhe von rund 2 Mio. EUR ausweist. Diese Entwicklung setzt sich voraussichtlich in den Folgejahren fort. Zwar wird im außerordentlichen Ergebnis ein leichter Überschuss erwartet, jedoch verbleibt im Gesamtergebnisplan ein Defizit von rund 1,7 Mio. EUR. Die Erträge und Aufwendungen weisen eine Differenz auf, die ein Defizit von rund 2,1 Mio. EUR im Ergebnishaushalt darstellt. Dies führt zu einem negativen Kassenbestand zum Jahresende, sofern keine Gegenmaßnahmen ergriffen werden.</p> <p>Hauptgründe für das Defizit sind:</p> <ul style="list-style-type: none">• steigende Personalkosten infolge von Tarif- und Stufenerhöhungen• Kostensteigerungen im Dienstleistungsbereich• Anhebung des Mindestlohns (ab Januar 2025)• erhöhte Bewirtschaftungs- und Unterhaltungskosten für	Finanzausschuss 1. Lesung	18.09.2025	Kultur- und Sozialausschuss	07.10.2025	Ortsbeiräte	08.10.2025	Bau-/Wirtschafts- und Umweltausschuss	04.11.2025	Finanzausschuss	06.11.2025	Stadtverordnetenversammlung	20.11.2025			
Finanzausschuss 1. Lesung	18.09.2025															
Kultur- und Sozialausschuss	07.10.2025															
Ortsbeiräte	08.10.2025															
Bau-/Wirtschafts- und Umweltausschuss	04.11.2025															
Finanzausschuss	06.11.2025															
Stadtverordnetenversammlung	20.11.2025															

	<p>gemeindeeigene Gebäude und Grundstücke</p> <p><u>3/ Eckdaten des Haushaltsplans 2026</u></p> <p>s. Tabelle Power-Point Präsentation</p> <p><u>4/ Übersicht über die Erträge</u></p> <p>s. Tabelle und Übersicht in der Power-Point-Präsentation</p> <p><u>5/ Top 5 der zahlungswirksamen Haupteerträge 2025</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - Schlüsselzuweisungen vom Land - Zuweisungen für laufende Zwecke von Gemeinden/GV; Bund, Land - Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer - Gewerbesteuer - Grundsteuer B <p><u>6/ Übersicht über die Aufwendungen</u></p> <p>s. Tabelle und Übersicht in der Power-Point-Präsentation</p> <p><u>7/ TOP 5 der zahlungswirksamen Hauptaufwendungen</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - Personalaufwendungen - Kreisumlage - Bewirtschaftung Grundstücke und bauliche Anlagen - Unterhaltung des unbeweglichen Anlagevermögens inkl. Alleenbäume (Straßenbeleuchtung, Brücken und Durchlässe etc.) - Aufwendungen für Erwerb von Vorräten (Schulküche – Lebensmittel, Saat- und Pflanzgut) <p><u>8/ Voraussichtliche Entwicklung des Zahlungsmittelbestandes</u></p> <p>Dazu erläutert Frau Wörtzel kurz:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Der vorläufige Bestand zum 31.12.2024 beträgt ca. 554.000 EUR. • Dieser Wert basiert auf einem idealtypischen Verlauf, wird jedoch voraussichtlich nicht exakt so eintreffen. • Es ist zu erwarten, dass der Zahlungsmittelbestand ab 2025 negativ wird, wodurch die Kommune auf Kassenkredite zur Sicherung der Liquidität zurückgreifen muss. • Dies bedeutet nicht zwingend einen negativen Kontostand am 1. Januar 2026, sondern eine temporäre Liquiditätsunterdeckung im Haushaltsvollzug. <p>Zur mittelfristigen Planung führt Frau Wörtzel aus:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ein Haushaltsausgleich ist ab 2027 voraussichtlich nicht mehr zu 100 % gegeben. • Die Gemeinde ist gesetzlich verpflichtet, den Ergebnishaushalt mindestens ausgeglichen zu planen. • Dies ist jedoch angesichts der steigenden Pflichtausgaben derzeit nur schwer möglich. • In der Vergangenheit sind Haushaltsabschlüsse oft besser 			
--	---	--	--	--

	<p>ausgefallen als geplant, sodass Rücklagen gebildet werden konnten.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Trotzdem sei der aktuelle Entwurf von einem negativen Trend geprägt. <p><u>9/ Übersicht über die Ergebnisentwicklung - Haushaltsjahr 2025 (in EUR)</u></p> <p>s. Tabelle Power-Point-Präsentation</p> <p>Abschließend merkt Frau Wörtzel an, dass die Verwaltung aktiv an einem Haushaltssicherungskonzept (HSK) arbeitet, um die langfristige Stabilität zu sichern. Die mittelfristige Planung soll in diesem Zusammenhang überarbeitet und auf tragfähige Beine gestellt werden.</p> <p>Herr Koop fragt nach, wie in den kommenden Jahren sichergestellt werden kann, dass die Stadt wieder in eine finanzielle Stabilität zurückfindet und mittelfristig ein ausgeglichener Haushalt erreicht wird. Er äußert die Sorge, dass sich der jährliche Fehlbetrag weiterhin vergrößert. Er stellt fest, dass geplant ist, durch den Verkauf von Grundstücken Einnahmen zu generieren und fragt, wie sich der Haushalt entwickelt, falls diese Verkäufe nicht realisiert werden.</p> <p>Frau Nebel erklärt, dass in einem solchen Fall die Liquidität der Stadt Kremen weiter zurückgeht und zur Deckung des Defizits zusätzliche Kassenkredite aufgenommen werden müssen. Die Aufstellung des Haushaltsplans erfolgt nicht einseitig durch die Verwaltung, sondern zusammen mit den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung. Das zentrale Problem ist, dass die laufenden Ausgaben die Einnahmen übersteigen. Daher wird sowohl an Sparmaßnahmen gearbeitet als auch an Möglichkeiten zur Erhöhung der Einnahmen.</p> <p>Herr Koop merkt an, dass sich die finanzielle Lage seit 2023 deutlich verschlechtert hat, da Rücklagen aufgebraucht und Kassenkredite notwendig geworden sind. Er meint, dass Steuererhöhungen ein mögliches Mittel sind, jedoch mit Blick auf die Belastung der Bürgerinnen und Bürger, nicht dauerhaft erfolgen können. Er kritisiert, dass in Bereichen wie dem Neujahrsempfang oder freiwilligen Leistungen keine klare Einsparabsicht sichtbar ist.</p> <p>Herr Busse weist darauf hin, dass der Haushaltsansatz für den Neujahrsempfang nicht korrekt erfasst worden sei. Der Ansatz bleibt weiterhin bei 5.000 EUR. Dies wird entsprechend korrigiert. Mit diesem Betrag kann die Veranstaltung jedoch nicht vollständig gedeckt werden. Ein erheblicher Teil der Kosten wird durch Sponsoring finanziert.</p> <p>Herr Schlichting schließt sich Herrn Koop an und sagt aus, dass die Stadtverordnetenversammlung zusammen mit der Verwaltung das freiwillige Haushaltssicherungskonzept erarbeitet. Dennoch sind die Ausgaben für freiwillige Leistungen in diesem Haushaltsplan nicht gesunken, sondern teilweise gestiegen. Es sollte nicht über Steuererhöhungen gesprochen werden, wenn die freiwilligen Ausgaben nicht überprüft und teilweise eingespart werden.</p> <p>Frau Nebel entgegnet, dass viele sogenannte freiwillige Leistungen zudem an Personal oder teilweise an Verträge gebunden sind. Dadurch ist eine kurzfristige Kürzung nicht immer möglich. Die Abgeordneten entscheiden</p>			
--	---	--	--	--

	<p>im Endeffekt, welche Leistungen gestrichen oder verringert werden. Herr Schlichting merkt dazu an, dass die Vereinsförderung unbedingt verringert werden sollte, da diese nicht an Personalkosten gebunden sind.</p> <p>Herr Busse erläutert kurz, dass sich die Vereinsförderung derzeit auf ca. 60.000 EUR beläuft. Die Anträge werden durch die Verwaltung nach der bestehenden Richtlinie geprüft und in den Haushaltsplan eingetragen. Die Entscheidung, ob diese Summe bestehen bleibt, gekürzt oder komplett eingespart wird, liegt bei den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung. Sollten diese Mittel komplett eingespart werden, muss die Richtlinie aufgehoben und ein bestehender Vertrag mit einem Verein gekündigt werden.</p> <p>Herr Steinke äußert sich ebenfalls zu möglichen Kürzungen im Bereich der freiwilligen Leistungen. Er betont, dass bei etwaigen Einsparungen die sozialen Aspekte nicht an erster Stelle stehen dürften. Vielmehr sollte hier mit besonderem Augenmaß geprüft werden, wo gekürzt werden kann, ohne zentrale Strukturen und Angebote im sozialen Bereich vollständig zu streichen.</p> <p>Herr Koop erklärt, dass er grundsätzlich für Förderungen ist, jedoch sollte allen klar sein, dass aktuell nicht ausreichend finanzielle Mittel vorhanden sind, um freiwillige Leistungen in gewohntem Umfang aufrechtzuerhalten. Die Vereinsförderung gibt es in dieser Form noch nicht so lange und dennoch haben die Vereine auch damals existieren können. Er merkt an, dass vielleicht ein offenes Gespräch mit den Vereinen über die Haushaltslage auf Verständnis stoßen könnte.</p> <p>Weiterhin fordert Herr Koop Sparmaßnahmen in allen Bereichen, auch bei den Personalausgaben, die in den letzten Jahren deutlich gestiegen sind. Er erwartet von der Verwaltung konkrete Vorschläge zu Haushaltseinsparungen, um den jährlichen Fehlbetrag zu verringern und die finanzielle Entwicklung zu stabilisieren.</p> <p>Herr Busse stellt klar, dass es die Vereinsförderung bereits vor seiner Amtszeit gegeben hat. Damals hat es entsprechende Verträge gegeben, die in eine formale Förderrichtlinie überführt worden sind. Weiterhin erläutert er, dass laut Stellenplan gesetzlich vorgeschriebene Stellen mit Haushaltsmitteln hinterlegt werden müssen, auch wenn sie aktuell nicht besetzt sind. Weiterhin merkt er an, dass der Haushaltsvollzug – wie auch in den vergangenen Jahren – positiver als geplant verlaufen werde. Dennoch ist eine realistische Planung entscheidend, um auf mögliche Risiken vorbereitet zu sein.</p> <p>Herr Voigts spricht sich deutlich gegen Kürzungen bei der Vereinsförderung aus. Die Summe von 60.000 Euro sei im Verhältnis zum Gesamthaushalt gering, aber für das gesellschaftliche Leben in der Stadt von hoher Bedeutung. Es ist daher aus seiner Sicht nicht zielführend, gerade in diesem Bereich zu sparen. Er stellt fest, da die Stadtverordneten nicht bei jedem Planungsschritt unmittelbar eingebunden sind, ist ein gewisses Maß an Vertrauen in die Arbeit der Verwaltung notwendig. Er merkt an, dass aus den vorgelegten Unterlagen, insbesondere den Diagrammen zur Haushaltsstruktur, ersichtlich ist, dass kaum Mittel für sogenannte „Luxusausgaben“ verwendet werden und bei der Umsetzung von Investitionen versucht wird, möglichst allen Ortsteilen gerecht zu</p>			
--	---	--	--	--

	<p>werden, wobei dies oft nur über kleine Maßnahmen möglich ist. Gleichwohl ist er sich bewusst, dass jede Einnahmeerhöhung, wie etwa bei der Hundesteuer oder Grundsteuer B, für die Bürger, für Mieter als auch für Haus- und Grundstückseigentümer eine spürbare Belastung darstellt. Weiterhin merkt er an, dass die vorhandenen „Stellschrauben“ zur Haushaltsverbesserung auf der Einnahmeseite liegen. Dazu gehört auch die Anpassung der Hebesätze bei kommunalen Steuern. Dies wurde wiederholt von der Verwaltung vorgeschlagen, aber bislang mehrheitlich abgelehnt. Angesichts der aktuellen Entwicklung ist es jedoch notwendig, diese Diskussion erneut zu führen und dort gezielt anzusetzen, anstatt an der Vereinsförderung zu sparen.</p> <p>Frau Nebel erläutert, dass dem Haushaltsentwurf auch eine „Wunschliste“ beigelegt ist. Diese macht deutlich, dass die Verwaltung bei der Haushaltsaufstellung systematisch und sparsam vorgegangen ist. Alle Fachbereiche wurden dazu angehalten, ihre Planungen mit einem „spitzen Stift“ vorzunehmen und nur das in den Haushalt aufzunehmen, was zwingend notwendig ist. Erst im zweiten Schritt wurden zusätzliche, nicht verpflichtende Ausgabenpositionen in der „Wunschliste“ erfasst. Sie sagt aus, dass insbesondere Unterhaltungsmaßnahmen nicht automatisch Teil des verbindlichen Haushaltsplans sind und es daher wichtig ist, zwischen „Wunsch“ und „Notwendigkeit“ zu unterscheiden. Die vorliegenden Unterlagen zeigen aus ihrer Sicht deutlich, dass seitens der Verwaltung erhebliche Einsparungsbemühungen unternommen worden sind.</p> <p>Frau Saalman (Stadtjugendwartin) sagt aus, dass Maßnahmen wie z.B. das Jugendlager oder andere Aktivitäten trotz erheblicher Eigeninitiative sowie Sponsoring weiterhin Kosten verursachen, die nicht gedeckt werden können. Es stehen aktuell im Planansatz nur 500 EUR zur Verfügung, was für eine angemessene Unterstützung nicht ausreichend ist. Frau Nebel weist darauf hin, dass sich diese Mittel ebenfalls auf der Wunschliste befinden. Die Verwaltung hat hier mit Augenmaß agiert und ist sich der Bedeutung der Jugendarbeit bewusst. Es ist nun Aufgabe der Stadtverordnetenversammlung, zu entscheiden, welche Positionen aus der Wunschliste gegebenenfalls in den Haushaltsplan aufgenommen werden. Daher appelliert Frau Saalman an die Stadtverordneten, insbesondere die Jugendarbeit in der Feuerwehr nicht zu vernachlässigen. Diese spiele eine zentrale Rolle für die Nachwuchsgewinnung und damit für den langfristigen Fortbestand der Freiwilligen Feuerwehr.</p> <p>Herr Busse informiert, dass für die Arbeit der Jugendfeuerwehr aktuell 5.500 EUR im Haushalt nicht berücksichtigt wurden. Diese Summe ist jedoch auf der Wunschliste vermerkt. Die nachfolgenden Fachausschüsse sollten dies mitnehmen und in ihre Beratungen einfließen lassen.</p> <p>Herr Schlichting schließt sich dem Anliegen von Frau Saalman an, da die Jugendarbeit innerhalb der Feuerwehr von großer Bedeutung ist. Es handelt sich dabei um ein ehrenamtliches Engagement, bei dem sich viele Menschen in ihrer Freizeit mit großem Einsatz für die Betreuung und Förderung von Kindern und Jugendlichen einsetzen.</p> <p>Herr Koop fragt nochmals nach, wie sich die finanzielle Lage der Stadt in den kommenden fünf Jahren entwickeln wird, wenn keine grundlegenden Änderungen in der Haushaltsführung vorgenommen werden. Er bittet um eine Einschätzung der Verwaltung zur mittelfristigen Finanzperspektive.</p>			
--	---	--	--	--

	<p>Frau Nebel verweist auf die im Haushaltssicherungskonzept (HSK) dargestellten Entwicklungen. Dieses gibt einen Überblick über die zu erwartenden Zahlen, doch ist insbesondere mit Blick auf das kommende Jahr eine Prognose nur schwer möglich. Es lässt sich nicht vorhersagen, wie sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und damit die Haushaltslage in den nächsten fünf Jahren entwickeln wird. Sie merkt an, dass auf der Ausgabenseite nur begrenzte Einsparmöglichkeiten möglich sind, da der überwiegende Teil der Ausgaben im Pflichtbereich liegt.</p> <p>Frau Nebel merkt weiter an, dass sowohl sie als aktuelle Kämmerin als auch ihr Vorgänger wiederholt auf die niedrigen Grundsteuerhebesätze hingewiesen haben. Die Stadt Kremmen liegt seit Jahren unter dem sogenannten nivellierten Hebesatz, was zu immensen Einnahmeausfällen führt. Diese politische Entscheidung ist bewusst getroffen worden.</p> <p>Herr Fritz weist darauf hin, dass das Sponsoring für die Jugendarbeit der Freiwilligen Feuerwehr verstärkt genutzt werden muss, um finanzielle Lücken zu schließen. Er merkt weiter an, dass der Neubau der Feuerwehr aus seiner Sicht nicht unbedingt notwendig gewesen sei. Denn er vertritt die Auffassung, dass hier mögliche Einsparungen hätten vorgenommen werden können.</p> <p>Herr Voigts appelliert an ein verantwortungsvolles Handeln gegenüber den Bürgern, also Hausbesitzern, Mietern und Gewerbetreibenden. Es sollte eine ausgewogene Lösung gefunden werden, die die sozialen Aspekte bestehen lässt und dennoch wirtschaftlich tragfähig ist. Sollte es keine weiteren realistischen Einsparpotenziale geben, sollte ernsthaft geprüft werden, inwieweit Einnahmeerhöhungen, z. B. durch die Anpassung von Hebesätzen, möglich und zumutbar sind. Denn bereits vorgeschlagene Erhöhungen (z.B. Grundsteuer A und B) sind bislang mehrheitlich abgelehnt worden. Man sollte sich jedoch der Konsequenz bewusst sein, dass eine dauerhafte Ablehnung von Einnahmesteigerungen dazu führt, dass notwendige Mittel fehlen.</p> <p>Herr Busse weist darauf hin, dass es sich bei der aktuellen Diskussion um eine Beratung handelt und heute noch keine Beschlüsse gefasst werden. Es sollen damit alle Beteiligten der Ortsbeiräte mitgenommen werden. Er sagt weiter aus, dass besonders die Einnahmenseite in den Fokus genommen werden sollte und hofft, dass die Stadtverordneten dem Weg folgen und künftig einer moderaten Steuererhöhung zustimmen. Darüber hinaus sieht er zusätzliche Einnahmemöglichkeiten, insbesondere durch geplante Photovoltaik-Aufstellungsbeschlüsse. Aus diesen könnten in absehbarer Zeit sehr hohe Beträge generiert werden und das ohne direkte Belastung der Bürger.</p> <p>Herr Schlichting merkt an, dass die Einnahmen durch die Photovoltaikanlagen, nicht zur Deckung des städtischen Haushalts verwendet werden, sondern dem jeweiligen Ortsbeirat zweckgebunden zur Verfügung gestellt werden. Zudem weist er darauf hin, dass Gewerbesteuererinnahmen aus solchen Projekten erst in fünf bis sechs Jahren wirksam werden und kurzfristig keine spürbare Entlastung bewirken.</p> <p>Frau Sommer fragt nach, welche Auswirkungen es auf die freiwilligen</p>			
--	--	--	--	--

	<p>Ausgaben habe, wenn ein Haushaltssicherungskonzept von der Kommunalaufsicht des Landkreises gefordert wird.</p> <p>Frau Nebel antwortet, dass sich auch dadurch im Grundsatz nichts an den freiwilligen Ausgaben ändert. Denn auch im Rahmen eines solchen Konzepts stehen diese Ausgaben unter besonderer Beobachtung, da der Gesetzgeber hier einen klaren Schwerpunkt setzt. Ein vollständiger Wegfall freiwilliger Leistungen würde das gesellschaftliche Leben in der Stadt stark beeinträchtigen.</p> <p>Herr Steinke schlägt vor, dass die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung und die Ortsvorsteher selbst ein Zeichen setzen sollten und z. B. durch eine Kürzung ihrer eigenen Aufwandsentschädigungen mit gutem Beispiel vorangehen könnten.</p> <p>Da keine weiteren Anmerkungen oder Fragen erfolgen, schließt Herr Busse den Beratungspunkt.</p>			
	<p>Stimmverhältnis: Abstimmung:</p>	0	0	0
5.	<p>Sonstiges</p> <p>Herr Förster sagt aus, dass er regelmäßig die Probleme und Anliegen aus dem Ortsteil Hohenbruch intern in der Verwaltung vorbringt, insbesondere im engen Austausch mit Herrn Artymiak und Herrn Böttcher-Klawin steht. Dieses Vorgehen hat sich bisher als effektiv erwiesen. Er stellt fest, dass in den kommenden Jahren nur sehr begrenzte Mittel für den Unterhalt von Straßen zur Verfügung stehen. Insgesamt wird es schwierig, diese Instandsetzungen in absehbarer Zeit umfassend umzusetzen, da auch die Eigeninitiative der Bürger heute kaum noch vorhanden ist.</p> <p>Herr Koop fragt nach, ob es zutrifft, dass die Schulen ihre Post nicht mehr selbst versenden dürfen, sondern diese zur Verwaltung bringen müssen. Aus seiner Sicht ist dabei kein Spareffekt erkennbar. Er stellt diese Frage, da bei ihm Post nicht angekommen ist. Herr Busse erklärt, dass an den Schulen keine Briefmarken mehr vorgehalten werden, da dies mit einem unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwand verbunden ist. Stattdessen bringt die Schule ihre Post zwei- bis dreimal pro Woche zur Verwaltung, wo sie zentral versendet wird. Der Aufbau einer eigenen Frankiermaschine an jedem Standort ist wirtschaftlich nicht vertretbar. Frau Nebel ergänzt, dass dies eine Maßnahme zur Entbürokratisierung ist. Die Briefmarken sind als „Bargeld“ zu betrachten, was eine separate Kassenführung, Kontrolle und Abrechnung erforderlich machen würde. Diese Umstellung ist daher aus Kostenersparnis erfolgt.</p> <p>Da keine weiteren Fragen oder Anmerkungen bestehen, schließt Herr Busse um 20.11 Uhr die Sitzung.</p>			

Sebastian Busse
Bürgermeister

Carmen Steinke
Schriftführerin